

„Das Barrel Rohöl wird schon bald 200 Dollar kosten“

Warum Bärbel Höhn, Vizechefin der Grünen-Fraktion im Bundestag, dennoch eine Senkung der Benzinpreis-Steuern ablehnt.

Die stellvertretende Fraktionschefin der Grünen im Bundestag, Bärbel Höhn, erklärt, was die Politik gegen ungerechtfertigte Gewinnmitnahmen der Ölkonzerne unternehmen könnte.

OZ: *Nach einer Studie ihrer Fraktion zahlen Autofahrer in Deutschland rund 100 Millionen Euro im Monat zu viel für Benzin. Haben wir überhaupt noch Wettbewerb auf dem Mineralölmarkt?*

Bärbel Höhn: Wir haben uns im Rahmen der Studie vor allem die Raffinerien angeschaut, die in der Hand der großen Ölkonzerne sind, vor allem von Shell. Und da ist es in der Tat so, dass Monopolstrukturen existieren. Insofern begünstigt die aktuelle Marktstruktur, dass die Konzerne krisenbedingte Ölpreiserhöhungen nutzen, um einfach mal fast fünf Cent pro Liter zusätzlich draufzusatteln und damit die eigenen Gewinne massiv erhöhen zu können. Dagegen müssen Deutschland und die Europäische Union unbedingt vorgehen.

OZ: *Nur wie?*

Höhn: Man sollte die Preise nicht erst an den Tankstellen beobachten, sondern bereits ab dem Rohölmarkt, um genau festzustellen, wo die Konzerngewinne wirklich entstehen. Und die entstehen gegenwärtig eben nicht beim Tankstellenpächter, sondern in der konzern-eigenen Raffinerie. Ausgerüstet

mit diesen zusätzlichen Fakten könnte das Bundeskartellamt dann gezielt gegen die jeweiligen Konzerne vorgehen.

OZ: *Das heißt, das österreichische Modell, wonach die Tankstellen ihre Spritpreise nur einmal täglich erhöhen dürfen, greift Ihnen zu kurz.*

Höhn: Es ist zweifellos interessant, aber es hat in der Tat Nachteile. Erstens hat das Modell nicht unbedingt zu Preissenkungen im Nachbarland geführt und zweitens hat es zu einer weiteren Verdrängung von freien Tankstellen beigetragen, was wiederum den Wettbewerb einschränkt.

OZ: *Nun verdient ja auch der Staat über diverse Steuern kräftig an den Spritpreis-Erhöhungen mit. Ist es nicht an der Zeit, etwa die Mineralölsteuer zu senken?*

Höhn: Das halte ich für falsch, weil der Mineralölpreis durch politische Krisen, Ölförder-Verknappung und Spekulationen ohnehin steigen wird – und zwar dramatisch. Wir werden vermutlich schon bald erleben, dass das Barrel (159 Liter – d. Red.) Rohöl 200 Dollar kosten wird. Derzeit liegt der Preis bei 125. Dagegen haben einige Staaten bereits 2008 ansubventioniert und sind teils bankrottgegangen. Die

Kosten steigen derart, dass sich auch ein reicher Staat das auf Dauer nicht leisten kann. Deshalb muss die Strategie lauten: Weg vom Öl!

OZ: *Müsste auf dem Weg dorthin nicht zumindest die Pendlerpauschale erhöht werden, auf die viele Bürger in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern angewiesen sind?*

Höhn: Ob sie die Steuern senken oder die Pendlerpauschale erhöhen – es bleibt eine Subventionierung der Benzinpreise. Ich halte es für wichtiger, die Bahnstrecken in Mecklenburg-Vorpommern auszubauen, Fahrgemeinschaften zu fördern oder weit stärker auf spritsparende Autos zu setzen. Die Bundesregierung verwässert hingegen die Kennzeichnung von Autos, so dass Spritschleudern sogar gut dastehen.

OZ: *Fällt das europäische Ölboykott gegen den Iran uns jetzt nicht selbst auf die Füße?*

Höhn: In der Tat bringt es Probleme mit sich, wenn man einen so großen Ölplayer wie den Iran boykottiert. Dennoch halte ich die Sanktionen für richtig, weil der Rohölpreis weit dramatischer steigen würde, wenn der Iran über die Atombombe verfügen würde. Dann würde in diesem Konflikt viel Schlimmeres passieren, als dass die Straße von Hormus gesperrt werden könnte.

Interview: J. Burmeister